

Ergebnisprotokoll

der 6. Sitzung des Jugendbeirates Vegesack

vom 27.04.2026, 18:00 Uhr im Ortsamt Vegesack

Sitzungs- + Protokollführung

Sabrina KC

Teilnehmende (*digital*):

Jette Emrich, Stefano Nady, Parik Boghoss, Anton Vormschlag, Jesse Wolf, Maddox Arlt, Mia Knief, Amir Ibrahim

Abwesend (*entschuldigt*):

Clara Christiansen, *Natalia Pluntke*, Laura Matuszczyk

Sabrina begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird um einen neuen Punkt ergänzt; neu: TOP 2 Änderung der Geschäftsordnung; Abstimmung bei digitaler Teilnahme.

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht. Die Tagesordnung gilt in ihrer geänderten Fassung als genehmigt.

TOP 1 Vorstellung neues Jugendbeiratsmitglied Amir Ibrahim

Sabrina erklärt, dass Lilly Purschke ihr Mandat im Jugendbeirat aus zeitlichen Gründen abgelegt hat. Aufgrund der Nachrückerliste wurde Amir Ibrahim angeschrieben und hat sein Mandat direkt angenommen.

Sabrina begrüßt Amir als offizielles Mitglied im Jugendbeirat Vegesack und gibt ihm die Gelegenheit sich dem Gremium und Gästen kurz persönlich vorzustellen.

Nach kurzer Vorstellung Amirs heißt Sabrina ihn nochmals herzlich willkommen im Jugendbeirat und wünscht allen eine gute Zusammenarbeit.

TOP 2 Änderung der Geschäftsordnung; Abstimmung bei digitaler Teilnahme.

Sabrina erläutert kurz, warum die Geschäftsordnung nochmals angepasst werden muss. Bisher ist zwar die hybride Teilnahme von Beiratsmitgliedern geregelt, jedoch wurde die Abstimmungsmöglichkeit noch nicht aufgenommen.

Der Jugendbeirat Vegesack beschließt, die Geschäftsordnung wie folgt zu ergänzen:

§ 7 Abs. 1 wird mit „Bei Teilnahme von extern ist eine Bild- und Tonverbindung ab Beginn der Abstimmung Voraussetzung.“

Der Jugendbeirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 3 – Genehmigung der 4. + 5. Niederschrift vom 23.02. und 23.03.2026

Beide Niederschriften werden in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

TOP 4 – Informationen zu der neuen Wehrdienstregelung ab 01.01.2026

Ab dem 1. Januar 2026 ist eine neue Regelung zum Wehrdienst in Deutschland vorgesehen. Diese betrifft insbesondere junge Menschen und wirft verschiedene Fragen hinsichtlich Pflichten, Rechten und möglicher Alternativen auf.

Der Jugendbeirat sieht es als seine Aufgabe an, die Interessen der Jugendlichen im Stadtteil zu vertreten und sich eine eigene Meinung zu aktuellen gesellschaftlichen Themen zu bilden. Aus diesem Grund und da das Thema viele Jugendliche im Stadtteil beschäftigt, wurde beschlossen, sich zunächst mit den geplanten Änderungen und den verschiedenen Möglichkeiten der Wehrdienstverweigerung auseinanderzusetzen.

Zu diesem Zweck wurde Herr Wührmann, Mitglied und Teil des Berater:innenteams der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), eingeladen.

Peter Wührmann von der DFG-VK Bremen erläutert die historische Entwicklung und aktuelle Lage der Wehrdienstmodernisierung und Kriegsdienstverweigerung in Deutschland. Er beschreibt die Aussetzung der Wehrpflicht seit 2011, die geplante Aufrüstung der Bundeswehr und das Wehrdienstmodernisierungsgesetz 2026, das u. a. einen Fragebogen zur Erfassung potenzieller Wehrpflichtiger vorsieht. Die Kriegsdienstverweigerung ist grundgesetzlich verankert und erfordert ein schriftliches Anerkennungsverfahren, das heute vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben bearbeitet wird. Wührmann betont die Bedeutung der Gewissensentscheidung und verweist auf gesellschaftliche und individuelle Aspekte des Kriegsdienstes sowie zivile Alternativen. Zudem thematisiert er politische Proteste, die besondere Rolle Bremens als Rüstungsstandort und die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern, insbesondere aus Konfliktregionen, durch Beratungsangebote der DFG-VK.

Nachdem dem Gremium keine Fragen zum Vortrag hat, bekommt Herr Schiphorst aus dem Zuschauerraum die Möglichkeit.

Zunächst kritisiert Herr Schiphorst, dass im Jugendbeirat Vegesack Themen außerhalb des vom Beirat im Einsetzungsbeschluss vom 16.06.2025 gefassten Aufgabenrahmen beraten werden.

Herr Schiphorst betont, dass der Jugendbeirat als Teil der Exekutive nur Zuständigkeiten wahrnehmen darf, die ihm durch übergeordnete Instanzen gemäß Beirätegesetz und Einsetzungsbeschluss übertragen wurden. Seine Aufgaben beschränken sich auf die Aufgaben 1 bis 5, wie im Einsetzungs- und Aufgabenbeschluss festgelegt. (siehe auch Anlage 2 des Protokolls). Er kritisiert, dass aktuell Themen außerhalb dieses Rahmens behandelt werden, und fordert die Ortsamtsleitung sowie beratende Stellen auf, die Zuständigkeiten strikt einzuhalten, um Konflikte zu vermeiden.

Hierzu erklärt Sabrina, dass es nach Rücksprache mit der Senatskanzlei durchaus gewünscht ist, dass der Jugendbeirat sich zu allgemein politischen Themen informiert und berät. Es wurde bestätigt, dass es das Recht des Jugendbeirates ist, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Herr Schiphorst kritisiert, dass der Jugendbeirat in sozialen Medien zu einem Schülerstreik aufgerufen hat, was nicht in seinen Aufgabenbereich fällt, da der Beirat neutral bleiben und sich auf Stadtteilangelegenheiten beschränken muss. Er betont, dass politische Aktionen individuelle Entscheidungen sind, der Beirat als Institution jedoch keine derartigen Aufrufe tätigen darf. Herr Schiphorst empfiehlt daher eine klare Instruktion und Sensibilisierung des Jugendbeirates, um die institutionelle Integrität und rechtliche Grundlage seiner Arbeit zu sichern.

Herr Schiphorst reflektiert aus persönlicher Perspektive die Wehrpflicht und Verteidigungspflicht, wobei er zwischen Krieg und Verteidigung differenziert und die Kriegsdienstverweigerung als Verteidigungsverweigerung interpretiert. Er sieht die aktuelle sicherheitspolitische Lage als bedrohlicher als im Kalten Krieg und hält eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für unvermeidlich. Seine eigene Haltung als Jugendlicher war geprägt von der bewussten Entscheidung, sich verteidigen zu wollen, weshalb er keine Gewissensverweigerung geltend machte, was er als Ausnahme ansieht. Seine Einstellung zur Bundeswehr ist ambivalent, doch betont er die gesellschaftliche Pflicht der Wehrpflicht. Kritisch bewertet er die ablehnende Haltung linker Gruppen und fordert eine klare Positionierung des Ortsamts zu den aktuellen Debatten.

Anton erläutert, dass die Einladung von Herrn Wührmann durch den Jugendbeirat zur Wehrdienstregelung 2026 dessen Auftrag entspricht, über lokale und übergeordnete jugendrelevante Themen zu informieren und Jugendgremien zu vernetzen. Wührmanns Beratungsangebote im Stadtteil Vegesack stärken die Verbindung zwischen Jugendlichen und lokalen Unterstützungsstrukturen. Anton betont, dass Wehrdienstverweigerung nicht nur die Ablehnung der Landesverteidigung, sondern auch die Verweigerung von Angriffskriegen umfasst, was angesichts historischer und aktueller völkerrechtswidriger Konflikte differenzierte Diskussionen erfordert.

Gunnar nimmt die Diskussion kurzfristig auf und erläutert, dass das Ortsamt den vom Beirat gefassten Einsetzungsbeschluss mit definierten Aufgaben zur Prüfung an die Senatskanzlei weiterleiten wird, um mögliche Probleme zu klären. Er betont, dass das Ortsamt keine Kontrolle über den Instagram-Kanal des Jugendbeirats hat und sich dort nicht einmischen wird. Die Formulierung des Tagesordnungspunkts wurde zuvor mit der Senatskanzlei abgestimmt, um Neutralität in der Befassung zu gewährleisten, was von der Senatskanzlei akzeptiert wurde.

Frau Tosonowski, als Gast bei der Sitzung dabei, versteht die Intention des Jugendbeirats zu dem Thema und bringt auch Verständnis ein. Sie findet auch die Art, wie die Offiziere gerade durch die Schulen gehen, keine gute Lösung. Aber alle Beteiligten verhalten sich aktuell gesetzeskonform.

Um den Tagesordnungspunkt zu beenden, bringt Anton folgenden Beschlussvorschlag ein:

Der Jugendbeirat beschließt sich von verfassungsfeindlichen Organisationen klar zu distanzieren.

Der Jugendbeirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Wie man mit dem bereits getätigten Post auf Instagram umgeht, wird im Nachgang der Sitzung geklärt.

TOP 6 – Vergabe von Globalmitteln

6.1 AWO Soziale Dienste gGmbH; Mädchentreff „Lilas Pause“ – transkulturelles Kochen & Backen

Anton weist daraufhin, dass es eine wiederholte Antragsstellung ist und dieses Mal ohne Eigenmittel. Da mehrere Anträge gestellt wurden, hält er eine Vollfinanzierung für nicht zielführend und schlägt eine anteilige Unterstützung vor. Nach ausführlicher Diskussion des Gremiums einigt es sich wie folgt:

Der Jugendbeirat unterstützt den Globalmittelantrag bei acht Zustimmungen und einer Enthaltung mehrheitlich mit 500,- EUR.

6.2. AWO Soziale Dienste gGmbH; Mädchentreff „Lilas Pause“ – Sommerferienprogramm

Es werden einstimmig 800,- aus Globalmitteln genehmigt.

Das Gremium spricht sich dafür aus, das Mädchentreff in naher Zukunft mal als Sitzungsort anzufragen.

6.3. DLRG Bezirk Bremen-Nord e.V.; Beschaffung eines AED-Trainers für Rettungsschwimmausbildungen

Sabrina erklärt, dass der DLRG bisher noch nie Globalmittel beim Jugendbeirat beantragt hat. Das Gremium sieht jedoch die Vollfinanzierung als Problem.

Der Jugendbeirat beschließt einstimmig den DLRG mit 1.100,- EUR zu unterstützen und würde gerne an einer Übungsstunde teilnehmen.

TOP 7 – Mitteilungen aus dem Ortsamt

Sabrina erkundigt sich lediglich nach dem Organisationsstand zum Kindertag 2026 und der Pappbootregatta. Hier ist alles auf Stand und der Jugendbeirat sehr gut aufgestellt. Zum Verteilen als Geschenke werden die vorhandenen Traubenzucker und anders Merch an Ende der Sitzung ausgegeben.

TOP 8 – Verschiedenes

Abschließend macht Maggie auf die Aktionswochen Ausgrenzung und Diskriminierung aufmerksam und erzählt kurz vom heutigen 1. Planungstreffen. Es wurden verschiedene Institutionen vorgestellt und Ideen gesammelt, wie man dieses Thema im Rahmen der Aktionswoche im September angehen kann. Beispielsweise kann sie sich Bastelworkshops

mit Teilnehmer:innen des Jugendbeirates in der Bibliothek vorstellen oder auch Siebdruck im Freizi.

Ende der Sitzung: 19:12 Uhr